

Im Blickpunkt dieser Ausgabe:

## WIE VERBRAUCHERBILDUNG AN SCHULEN KOMMT

❖ FÜR MEHR VERBRAUCHERKOMPETENZ: LEBENSNAHER SCHULUNTERRICHT 1

❖ IM INTERVIEW: UDO MICHALLIK, GENERALSEKRETÄR DER KULTUSMINISTERKONFERENZ 4

❖ RÜCKBLICK: FACHTAGUNG VERBRAUCHERBILDUNG 5

Verbraucherpolitik im Überblick Parlamentarischer Abend | Allianz-Lebensversicherungs-AG erfolgreich abgemahnt | Musterfeststellungsklage soll kommen 7



Foto: vzbv / Jan Zappner

## EDITORIAL

Verbraucherbildung an die Schulen zu bringen heißt, Kinder und Jugendliche mit Kompetenzen auszustatten, auf die sie ihr gesamtes Leben zurückgreifen können. Ob beim Thema gesunde Ernährung oder beim Umgang mit Geld – Kinder und Jugendliche müssen bereits früh als Verbraucherinnen und Verbraucher Entscheidungen treffen und das in einer Konsumwelt, die immer komplexer wird. Nur wer weiß, wie der Verbraucheralltag funktioniert, kann sich auch souverän darin bewegen.

Verbraucherbildung ist einerseits eine Investition in die Zukunft – andererseits sind bereits Kinder und Jugendliche Konsumenten. Die Politik muss den Rahmen gestalten, damit Schulen Kindern und Jugendlichen in lebensnahem Unterricht das nötige Handwerkzeug vermitteln.

Ihr Klaus Müller  
Vorstand vzbv

## FÜR MEHR VERBRAUCHERKOMPETENZ: LEBENSNAHER SCHULUNTERRICHT

Kinder und Jugendliche bewegen sich heute in einer komplexen Konsumwelt. Schon früh sind sie mit Werbung konfrontiert und treffen Konsumententscheidungen in vielfältigen Bereichen. Nicht immer sind sie den Herausforderungen gewachsen. Probleme bestehen zum Beispiel im Hinblick auf gesunde Ernährung, Mediennutzung oder Finanzen.



Foto: Syda Productions – fotolia.com

92 Prozent der Jugendlichen benutzen täglich ihr Handy.

## ❖ VERBRAUCHERSCHUTZ BEGINNT IN DER SCHULE

In Deutschland gelten 15 Prozent der Bevölkerung als übergewichtig. Sechs Prozent der Jugendlichen hatten schon einmal Schulden, die sie nicht zurückzahlen konnten. Praktisch alle Jugendlichen besitzen ein Handy und 92 Prozent benutzen es täglich. Dabei sorgen sich 52 Prozent der Jugendlichen um den Schutz ihrer Daten in den Online-Communities, in denen sie sich bewegen. Alternativen zu WhatsApp und Facebook werden aber kaum genutzt. Schule muss hier stärker sensibilisieren.

Diese Ansicht teilen 70 Prozent der Verbraucher, wie eine repräsentative Befragung von Emnid im Auftrag des vzbv zeigt. Sie finden, dass Verbrauchertemen in der Schule zu kurz kommen. Verbraucher wünschen sich insbesondere mehr Unterricht zu gesunder Ernährung und Gesundheit, aber auch der Umgang mit Geld und Umweltschutz sind für rund 90 Prozent der Befragten wichtige Themen. Mit etwas Abstand (70 Prozent) folgt der Wunsch nach Unterricht zum Umgang mit Handy und Internet.

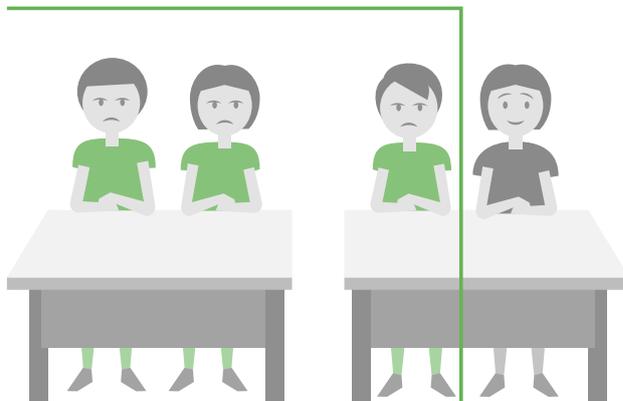
## VERBRAUCHERBILDUNG PRÜFUNGSRELEVANT VERANKERN

Der vzbv setzt sich dafür ein, diese Themen prüfungsrelevant in den Unterricht zu integrieren. Nur dann ist gewährleistet, dass die Inhalte tatsächlich auch im Unterricht behandelt werden. Das kann als eigenes Schulfach oder fachübergreifend sein, denn praktisch alle Schulfächer bieten Anknüpfungspunkte für Verbrauchertemen.

Im Matheunterricht bietet es sich an, den Umgang mit Geld zu üben: Welcher Handytarif bietet den Schülern das beste Preis-Leistungsverhältnis? Und worauf sollte man achten?

# 70 %

finden, dass Verbrauchertemen im Schulunterricht zu kurz kommen.



© Repräsentative Befragung im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) von TNS Emnid, Oktober 2016. Stichprobe n = 1.011 ab 18 Jahren.

Im Musikunterricht können anhand von Liedtexten Lebensstile hinterfragt werden. Welche Statussymbole werden in den verschiedenen Musikrichtungen hervorgehoben und wie wichtig sind sie in meiner Lebenswelt?

In einzelnen Schulen existieren bereits kreative Ansätze, um Schüler auf den Alltag vorzubereiten. Bis Verbraucherbildung für alle Schüler zum Normalfall wird, ist es jedoch noch ein weiter Weg. Wichtig dafür ist, dass Verbraucherbildung prüfungsrelevant und als explizit ausgewiesener Bestandteil in die Lehr- und Bildungspläne aufgenommen wird.

## Forderungen an lebensnahen Schulunterricht

- Verbraucherbildung muss in allen Bundesländern prüfungsrelevant etabliert werden.
- Lehrkräfte müssen geschult und motiviert werden.
- Unterrichtsmaterialien brauchen Qualität.
- Kompetenzen müssen messbar sein.

# ANSÄTZE DER BUNDESLÄNDER ZU VERBRAUCHERBILDUNG AN SCHULEN

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat 2013 beschlossen, Verbraucherbildung in den Lehr- und Bildungsplänen der Schulen zu verankern. Diesen Beschluss haben bisher nur wenige Bundesländer umgesetzt – Schüler, die in den restlichen Bundesländern zur Schule gehen, haben bisher das Nachsehen.

Dabei gibt es gute Konzepte, wie sich Verbraucherbildung in den Unterricht integrieren lässt: Als eigenes Schulfach, fächerübergreifend oder als Teil von Anker- oder Leitfächern, die besonders auf Verbraucherbildung eingehen.

Ausgereift sind die Lehrpläne allerdings noch nicht in allen Bundesländern. Umso wichtiger ist es, mit positiven Beispielen andere Schulen zur kreativen Umsetzung von Verbraucherthemen im Unterricht zu motivieren.

Der vzbv hat dieses Jahr, gefördert durch die Deutsche Stiftung Datenschutz, zum ersten Mal 14 Verbraucherschulen ausgezeichnet. Diese Schulen engagieren sich in allen Bereichen der Verbraucherbildung. Vier von ihnen werden im Folgenden exemplarisch vorgestellt. Sie zeigen, wie vielfältig Verbraucherbildung umgesetzt werden kann.



Was die eigene **Ernährung** mit dem Klima zu tun hat, das lernen Schüler der Pestalozzischule Neumünster schon früh: Nach einem kritischen Besuch im Supermarkt und auf einer Streuobstwiese wurde in der eigenen Schulküche Apfelmus gekocht. Außerdem untersuchten die Schüler Werbeanzeigen und reflektierten dabei auch ihr eigenes Konsumverhalten.



Fragen zu Facebook oder Instagram? Angst vor Cybermobbing? Schüler am Marie-Curie-Gymnasium in Düsseldorf haben bei diesen Themen kompetente Ansprechpartner: Einige ihrer Mitschüler agieren nämlich als Medienscouts. Ausgebildet von der Landesanstalt für Medien helfen sie in wöchentlichen Sprechstunden und regelmäßigen Workshops bei Fragen zu **digitalen Medien** weiter.



Am Albrecht-Thaer-Gymnasium in Hamburg werden die Schüler im Unterricht zu Umweltdetektiven und beschäftigen sich mit dem eigenen Wasser- und **Energieverbrauch**. Sie entwickelten einen schuleigenen Klimaschutzplan. Neben mehr Bewusstsein für Klimaschutz lernen sie ganz praktisch, wie sie eine Nebenkostenabrechnung verstehen können.



Umgang mit **Geld und Verträgen** sind wichtige Kompetenzen für das ganze Leben. Durch die Gründung einer Schülerfirma haben Schüler am Christa-und-Peter-Scherpf-Gymnasium in Prenzlau ökologische Aspekte der Wohnungsanierung durchgespielt und sich mit Businessplan, Verträgen und Bankangeboten kritisch auseinandergesetzt.



■ Verbraucherbildung als eigenständiges Wahl(pflicht)fach  
 ■ Fächerübergreifendes Curriculum/Richtlinie für Verbraucherbildung

□ Vereinzelt sind Verbraucherthemen in den Lehrplänen integriert, ein separates Verbraucherbildungs-Curriculum besteht nicht.

Die Angaben basieren auf dem KMK-Bericht zur Verbraucherkompetenz von Schülerinnen und Schülern vom 3. Dezember 2015.

Im Interview:

## GENERALSEKRETÄR DER KULTUSMINISTERKONFERENZ UDO MICHALLIK



Udo Michallik, Generalsekretär der Kultusministerkonferenz

**Herr Michallik, die Kultusministerkonferenz (KMK) hat 2013 beschlossen, dass Verbraucherbildung an Schulen unterrichtet werden muss. Haben die Bundesländer bis heute genug getan, um das Vorhaben umzusetzen?**

Verbraucherbildung spielt insbesondere in den Bereichen Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherschutz, Ernährung und Gesundheit, Medien und In-

formation sowie Nachhaltiger Konsum und Globalisierung eine besondere Rolle. Diese Bereiche wurden auch schon vor 2013 in der Schule thematisiert. Jedes Land prüft nun für sich, ob nach den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz Maßnahmen im eigenen Land stärker akzentuiert werden müssen.

*„Die KMK-Strategie basiert auf der Vorstellung von souveränen, lernenden Menschen in der digitalen Welt.“*

**Die aktuelle Strategie der KMK „Bildung in der digitalen Welt“ greift zentrale Themenbereiche der Verbraucherbildung auf. Wie kann dadurch Verbraucherbildung gestärkt werden?**

„Bildung in der digitalen Welt“ ist eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Umso erfreulicher ist es, dass sich die 16 Bundesländer hier zügig auf eine gemeinsame und ganzheitliche Strategie verständigen konnten.

Die KMK-Strategie basiert auf der Vorstellung von souveränen, lernenden Menschen in der digitalen Welt. Dies umfasst auch die Rolle eines jeden als Verbraucher. Wichtig ist, dass die KMK-Strategie die Anforderungen der Digitalisierung nicht einseitig auf den technisch-gewerblichen Sinn reduziert. Stattdessen lässt die Strategie kreative Umsetzungsformen zu und fördert damit die konstruktive Zusammenarbeit der Länder. Das ist auch für die Verbraucherbildung insgesamt ein Vorgehen mit Modellcharakter.

**Mit der Strategie benennt die KMK die nötigen Kompetenzen in der digitalen Welt. Braucht es ein solches Kompetenzmodell auch für andere Themenbereiche der Verbraucherbildung?**

Angesichts der besonderen Komplexität der Herausforderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, ist ein gemeinsames Vorgehen der Länder unabdingbar. Dass im Zentrum der Strategie ein Kompetenzrahmen steht, ist folgerichtig. Nun werden sich die Länder auf die Implementierung dieses Kompetenzrahmens konzentrieren.

*„Der Materialkompass kann eine gute Hilfe für Lehrkräfte sein.“*

**Verbraucherbildung kann auch fachübergreifend vermittelt werden. Welche Rolle kann die KMK spielen, um Lehrkräfte dafür fit zu machen?**

Maßgebliche Ziele der Verbraucherbildung werden im Unterricht verschiedener Fächer angestrebt. So sind zum Beispiel auch mathematische Kenntnisse die Grundlage für das Thema „Bewusster Umgang mit Geld“. Die KMK sorgt mit grundlegenden Vereinbarungen zur Lehrerbildung für die Grundlagen der Unterrichtsqualität. Universitäten und Studienseminare in den Ländern sind dann für die Lehrerbildung verantwortlich.

**Lehrkräfte wünschen sich eine unabhängige Qualitätsprüfung von Unterrichtsmaterialien für alltagsrelevante Themen. Der Materialkompass des vzbv ist dafür ein bewährtes Instrument. Muss der Bund nicht perspektivisch in der Lage sein, langfristig Bildungsprojekte zu unterstützen?**

Grundsätzlich sind Lehrkräfte gehalten und in der Regel auch in der Lage, die Qualität von Unterrichtsmaterialien einzuschätzen, die sie über die genehmigten Schulbücher hinaus verwenden. Dabei kann der Materialkompass eine gute Hilfe sein. Aber auch andere Angebote können unterstützen. Zu nennen sind hier Angebote der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, Fachgesellschaften sowie Organisationen wie etwa die Verbraucherzentralen.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

# RÜCKBLICK AUF DIE FACHTAGUNG ZU VERBRAUCHERBILDUNG NOVEMBER 2016

## Verbraucherbildung an Schulen – Stimmen zu aktuellem Stand und Handlungsmöglichkeiten

Wie Schule Kinder und Jugendliche auf das Leben vorbereiten kann, das diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Schule und Zivilgesellschaft auf der Fachtagung Verbraucherbildung des vzbv am 21. November 2016.

Sie brachte Akteure aus allen Bundesländern zusammen, um sich über aktuelle Entwicklungen, Fortschritte und Handlungsbedarf auszutauschen.



 **Margret Büning-Fesel**  
@BueningFesel:  
#FTVB16 @Klaus\_Mueller  
Kooperationsverbot ist ein Relikt der Vergangenheit!

links: **Verbraucherbildung braucht Evidenzen.** Bundesminister Christian Schmidt spricht sich für ein „Verbraucher-PISA“ aus, um Kompetenzen messbar und vergleichbar zu machen.  
Fotos: vzbv/Holger Groß



**Prof. Dr. Ulf Schrader, Lehrstuhl für Arbeitslehre/ Ökonomie und Nachhaltiger Konsum, Technische Universität Berlin:**

„Dass Verbraucherbildung in den Rahmenlehrplänen steht, heißt noch nicht, dass sie in den Schulen auch wirklich ankommt. Hier müssen wir ansetzen. Verbraucherbildung muss prüfungsrelevant sein, sonst fällt sie im Schulalltag hinten runter.“



**Gitta Connemann MdB, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

„Die Curricula müssen mit der gebotenen Stringenz überarbeitet werden. Kinder sollen nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen. Verbraucherbildung muss in den Lehr- und Bildungsplänen verankert werden.“

 **@bildungsradar:** LehrerKollege Schmidt äußert sich sehr praktisch & realistisch zum #Lobbyismus\_in\_Schule: Politik zieht sich ohne Prüfung aus Verantwortung

# MATERIALKOMPASS: UNABHÄNGIGE PRÜFUNG VON LEHRMATERIALIEN

Damit Verbraucherbildung an Schulen möglich wird, braucht es gut ausgebildete Lehrkräfte und verlässliche Unterrichtsmaterialien. Wirtschaftsunternehmen und Verbände bieten Lehrkräften zahlreiche Unterrichtsmaterialien kostenfrei an – jedoch oft in eigenem Interesse. 70 Prozent der Lehrer wünschen sich deshalb ein Qualitätssiegel, das die Tauglichkeit von aus der Wirtschaft angebotenen Unterrichtsmaterialien bestätigt. Der **Materialkompass** leistet eine Prüfung solcher Materialien, indem er die Angebote verschiedener Anbieter bewertet und sammelt. Die Bewertung erfolgt dabei unabhängig und anhand transparenter Kriterien.

In dem Online-Portal finden Lehrkräfte geprüfte Lehrmaterialien zu den Themen Digitale Medien, Ernährung und

Gesundheit, Finanzen sowie Nachhaltiger Konsum. Neue Materialien können derzeit aber nur im Bereich Digitale Bildung aufgenommen werden, weil das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) nur hier die Finanzierung sichert. Der vzbv setzt sich deshalb für eine Verstärkung der Finanzierung ein. Durch die Abschaffung des Kooperationsverbots könnte der Bund die Bundesländer dauerhaft finanziell unterstützen, damit Verbraucherbildung an den Schulen Einzug halten kann. Auf das Knowhow von vzbv und Verbraucherzentralen könnte dann auch bei der Lehrkräftefortbildung zurückgegriffen werden.

72% der Lehrerinnen und Lehrer ...



... sehen sich selbst in der Verantwortung, Lehrmaterialien aus der Wirtschaft zu prüfen.

... sagen, dass ihnen in der Realität die Zeit dafür fehlt.

Quelle: Repräsentative Befragung im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) von Forsa, November 2016, n = 1.000 Lehrkräfte in allgemeinbildenden Schulen in Deutschland.

## LOBBYISMUS IM KLASSENZIMMER

Stimmen von der Fachtagung Verbraucherbildung 2016 zur Notwendigkeit unabhängiger Lehrmaterialien



**Dr. Ernst-Dieter Rossmann MdB, Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion:**  
„Schulen sind nicht mehr nur Lern-, sondern auch Lebensraum. Deshalb müssen wir Schule zukünftig weiterdenken. Wir müssen sehen, wie wir hier Pluralität erreichen.“



**Renate Künast MdB, Vorsitzende des Ausschusses Recht und Verbraucherschutz, Bündnis 90/Die Grünen:**  
„Lobbyismus hat an der Schule nichts zu suchen. Wir müssen Rücksicht darauf nehmen, dass sich Kinder in der Entwicklung befinden und geschützt werden müssen.“



**Rosemarie Hein MdB, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion:**  
„Eine Zertifizierung von Unterrichtsmaterialien aus der Wirtschaft ist durch die Ministerien nicht zu schaffen. Deshalb plädiere ich für eine unabhängige Einrichtung. Der Materialkompass des vzbv muss unbedingt fortgeführt werden.“

# VERBRAUCHERPOLITIK IM ÜBERBLICK

## VERBRAUCHERSCHUTZ SCHAFFT SICHERHEIT

# 93%

der Verbraucherinnen und Verbraucher sagen: „Mit gutem Verbraucherschutz fühle ich mich sicher.“ Sie erwarten von der Politik größeres Engagement beim Verbraucherschutz.



Auf dem gemeinsamen Parlamentarischen Abend von vzbv und Stiftung Warentest im November 2016 stellte der vzbv seine Kernforderungen für die Bundestagswahl 2017 vor. Für 80 Prozent der Verbraucher sind die entscheidenden verbraucherpolitischen Themen 2017 eine Entlastung bei Krankenversicherung und Pflege, kostengünstige Altersvorsorge und Maßnahmen gegen Diskriminierung im Internet.

© Repräsentative Umfrage des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) von Kantar Emnid, Oktober 2016. Stichprobe n = 1.018 ab 14 Jahren.

### ...❖ Jan Philipp Albrecht zu Gast im vzbv

Die neue EU-Datenschutzgrundverordnung ist ein großer Erfolg für den Verbraucherschutz. Mit Jan Philipp Albrecht MdEP (Bündnis 90/Die Grünen), diskutierte der vzbv, welche Richtlinien notwendig sind, damit die Verordnung auch Anwendung findet.



Jan Philipp Albrecht MdEP (Bündnis 90/Die Grünen) zu Gast im vzbv

### ...❖ Mitgliederversammlung mit Caren Lay und Anton Hofreiter

Neben Vorständen, Geschäftsführern und Verbandsvertretern der 41 Mitgliedsverbände des vzbv sprachen im November 2016 auch Caren Lay MdB (Die Linke) und Anton Hofreiter MdB (Bündnis 90/Die Grünen) auf der vzbv-Mitgliederversammlung über die Kernforderungen des vzbv zur Bundestagswahl 2017.

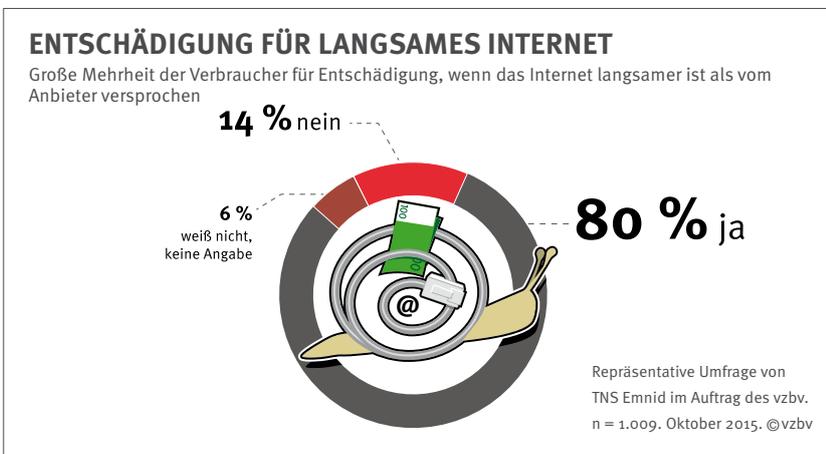


Foto: Stefan Kaminski



Anton Hofreiter MdB (Bündnis 90/Die Grünen) (oben), Caren Lay MdB (Die Linke) und Klaus Müller, Vorstand vzbv, auf der vzbv-Mitgliederversammlung

# VERBRAUCHERPOLITIK IM ÜBERBLICK



## DIGITALE WELT

### ...❖ Besserer Schutz im Telekommunikationsmarkt

77 Prozent der Verbraucher erhalten laut Bundesnetzagentur nicht die vom Anbieter beworbene Internetgeschwindigkeit. Bisher haben Verbraucher keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Der vzbv sieht unter anderem deshalb Nachbesserungsbedarf bei dem geplanten Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes. Verbraucher sollen zukünftig in einen niedrigeren Tarif wechseln oder ein Sonderkündigungsrecht geltend machen können.

 <http://t1p.de/Stellungnahme-TK>

 <http://t1p.de/schutz-telekommunikation>

## URTEILE

### ...❖ Mindestentgelte bei geduldeten Kontoüberziehungen sind unzulässig

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat entschieden, dass das Mindestentgelt, das Targobank und Deutsche Bank bei geduldeten Kontoüberziehungen verlangen, unzulässig ist.

Geklagt hatten jeweils die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen und der vzbv. Betroffene Bankkunden können nun gezahlte Mindestentgelte zurückverlangen.

 <http://t1p.de/kontoueberziehung-entgelt>

 <http://t1p.de/kontoueberziehung-entgelt-vzbv>

### ...❖ Marktwächterteam mahnt Allianz-Lebensversicherungs-AG erfolgreich ab

Darlehensverträge der Allianz zur Immobilienfinanzierung enthielten Klauseln, die der Allianz einseitige Vertragsänderungen ermöglichten. Das war zum Beispiel möglich, wenn ein Verbraucher die finanzierte Immobilie nicht mehr selbst nutzte, von einer nach Ansicht des Anbieters begünstigten in eine nicht begünstigte Region umzog oder die Berufsgruppe wechselte. Das Unternehmen war aufgrund von Verbraucherbeschwerden im Frühwarnnetzwerk des Marktwächters Finanzen aufgefallen.

 <http://t1p.de/mw-allianz>

## ENERGIE

### ...❖ Strom als Energieträger der Zukunft

Der vzbv begrüßt den energiepolitischen Fahrplan der Bundesregierung bis 2030. Er befürwortet die Schwerpunktsetzung auf Energieeffizienz. Der Verband fordert jedoch mehr finanzielle Anreize für die Verbraucher zur energetischen Gebäudesanierung. Der Ausbau der Netze für die Versorgungssicherheit muss zu fairen Kosten erfolgen. Die Bedingungen für Verbraucher, die als Prosumen selbst Strom produzieren, müssten verbessert werden.

 <http://t1p.de/energietraeger-strom>

## VERBRAUCHERPOLITIK

### ...❖ vzbv begrüßt Gesetzesinitiative zur Einführung kollektiver Rechtsdurchsetzung

Das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) hat einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Musterfeststellungsklage an die beteiligten Ministerien versandt. Durch eine Musterfeststellungsklage gäbe es für eine Vielzahl von Verbrauchern eine gültige Klärung von grundlegenden Rechtsfragen. Dadurch könnten Verbraucher Zahlungsansprüche deutlich leichter geltend machen. Der vzbv fordert die Bundesregierung auf, den Entwurf noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

 <http://t1p.de/Musterfeststellungsklage>

# VERBRAUCHERPOLITIK IM ÜBERBLICK

## ...❖ Neue Unterrichtsmaterialien und Webinare zur Leitperspektive Verbraucherbildung

Kostenlose Unterrichtsmaterialien zur Verbraucherbildung finden Lehrkräfte seit September 2016 auf der Internetseite der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Materialien gibt es für die Fächer Deutsch, Mathe, Englisch, Geographie, Geschichte und Sachunterricht, weitere sind geplant. Außerdem im Angebot: Webinare, bei denen Lehrkräfte Ideen für die Umsetzung von Verbraucherbildung erhalten.

Die Verbraucherzentrale unterstützt damit die Umsetzung der baden-württembergischen Bildungsreform 2016, Verbraucherbildung als eine von sechs Leitperspektiven fächer- und stufenübergreifend in den Schulunterricht zu integrieren.



<http://t1p.de/verbraucherbildung>

## ...❖ „Verbraucher-Lotsen“ für Flüchtlinge

In Hessen startete das Projekt „Verbraucherkompetenz für Flüchtlinge“. Verbraucher-Lotsen der Verbraucherzentrale Hessen informieren Flüchtlinge direkt in den Unterkünften zu Themen wie Versicherungen, Lebensmittelkauf oder zu Handyverträgen. Zudem können Flüchtlinge kostenfrei die Beratung der Verbraucherzentrale nutzen. Partner im Projekt sind die Verbraucherzentrale Hessen und der DHB-Netzwerk Haushalt, Landesverband Hessen.

Auch die Verbraucherzentrale Niedersachsen bietet seit Oktober 2016 Informationsmaterialien und kostenlose Beratungen für Flüchtlinge an. Einen besonderen Bedarf hat sie bei der Beratung zu Urheberrechtsfragen identifiziert und erweitert daher ihr Angebot um diesen Bereich.

Das Angebot aller Verbraucherzentralen finden Sie hier:



<http://t1p.de/lotsen-fluechtlinge>

## DER VZBV IN DEN MEDIEN Linktipps

### Wir wollen unbequem und anstrengend sein

Klaus Müller, Vorstand des vzbv, im Interview zum Erfolg der Marktwächter



[plus.faz.net](http://plus.faz.net)

### In den Fängen der Datenkraken

vzbv-Datenschutzexperte Florian Glatzner im Interview zur neuen EU-Datenschutzverordnung



[www.weser-kurier.de](http://www.weser-kurier.de)

### Gerichte müssen Gutachten des Kraftfahrzeugbundesamts zu erhöhtem Kraftstoffverbrauch anerkennen

vzbv-Verkehrsexpertin Marion Jungbluth zum Dieselskandal im heute journal



[www.zdf.de](http://www.zdf.de)

## AUSBLICK

**18. Jan. 2017 in Berlin:** Pressekonferenz zur Internationalen Grünen Woche (IGW) 2017

**26. Jan. 2017 in Berlin:** Verbraucherpolitisches Forum zur IGW 2017

**15. März 2017 in Berlin:** Consumer Summit zum G20-Gipfel

**19. Juni 2017 in Berlin:** Deutscher Verbrauchertag 2017



[www.vzbv.de/presse/termine](http://www.vzbv.de/presse/termine)

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv), Markgrafenstraße 66, 10969 Berlin, info@vzbv.de

**Verantwortlich für den Inhalt:** Klaus Müller, Vorstand vzbv

**Redaktion:** Nathalie Pfeiffer, Pressereferentin vzbv, nathalie.pfeiffer@vzbv.de

Die vpk „verbraucher politik kompakt“ erscheint einmal im Quartal auf [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de).

Nächste Ausgabe: März 2017